VERÖFFENTLICHUNGEN DER

HISTORISCHEN KOMMISSION ZU BERLIN

BAND 70/2

OTTO BÜSCH · WOLFGANG HAUS

GEORG KOTOWSKI · HANS J. REICHHARDT

BERLINER DEMOKRATIE 1919—1985

BAND 2

Walter de Gruyter & Co. · Berlin · New York

1987

BERLINER DEMOKRATIE

1919—1985

II

GEORG KOTOWSKI · HANS J. REICHHARDT

Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945—1985

Mit einem statistischen Anhang zur

WAHL- UND SOZIALSTATISTIK

DES DEMOKRATISCHEN BERLIN

1945—1985

herausgegeben von der 'Arbeitsgruppe Berliner Demokratie' am Fachbereich Geschichtswissenschaften der Freien Universität Berlin

Walter de Gruyter & Co. · Berlin · New York

1987

Festgabe aus Anlaß der 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin 1987

Herstellung und Druck mit Unterstützung der
Sparkasse der Stadt Berlin West

Herstellung der Statistik mit Unterstützung der
Freien Universität Berlin

Die Schriftenreihe der Historischen Kommission zu Berlin
erscheint mit Unterstützung des
Senators für Wissenschaft und Forschung, Berlin

Lektorat der Schriftenreihe

Christian Schädlich

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Berliner Demokratie : 1919—1985 ; [Festgabe aus Anlass d. 750-Jahr-Feier d. Stadt Berlin 1987] / Otto Büsch ... — Berlin ; New York : de Gruyter.
(Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin ; Bd. 70)

NE: Büsch, Otto [Mitverf.]; Historische Kommission <Berlin, West> : Veröffentlichungen der Historischen ...

Bd. 2. Kotowski, Georg: Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin. — 1987

Kotowski, Georg:
Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin : 1945—1985 / Georg Kotowski ; Hans Joachim Reichhardt. Mit e. statist. Anh. zur Wahl- und Sozialstatistik des demokratischen Berlin : 1945—1985 / hrsg. von d. „Arbeitsgruppe Berliner Demokratie" am Fachbereich Geschichtswiss. d. Freien Univ. Berlin.
— Berlin ; New York: de Gruyter, 1987
(Berliner Demokratie ; Bd. 2)
(Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin ; Bd. 70)
ISBN 3-11-011590-5

NE: Reichhardt, Hans J.:; Wahl- und Sozialstatistik des demokratischen Berlin

© 1987 by Walter de Gruyter & Co., Berlin 30
Printed in Germany
Alle Rechte des Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe,
der Herstellung von Mikrofilmen — auch auszugsweise — vorbehalten.
Satz und Umbruch: Historische Kommission zu Berlin, Berlin 38
Druck: Werner Hildebrandt, Berlin 65
Einband: Lüderitz & Bauer, Berlin 61

EINLEITUNG

Der erste Band dieser zweibändigen Geschichte des demokratischen Berlin in der ersten und zweiten deutschen Republik, der die Entstehung, Ausbildung und Leistung wie die Chance, die Krise und den Sturz der Berliner Demokratie in der Weimarer Republik beschreibt,* enthält einleitend bereits den Hinweis auf den wesentlichen Unterschied, der die beiden Phasen der demokratischen Entwicklung Berlins voneinander abhebt: Die zentralen Funktionen der demokratischen Metropole Berlin, die in der Hauptstadt des Freistaates Preußen und der Reichshauptstadt der Weimarer Republik eine mehr national und staatlich beeinflußte Entwicklung entstehen ließen, führten in Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg und dann in der geteilten Stadt zwischen Ost und West eine überwiegend von der Weltpolitik bestimmte Entwicklung der Berliner Demokratie herbei. Im einen wie im anderen Fall blieb die Berliner kommunale Demokratie gleichwohl eine auf die gemeinnötigen täglichen Bedürfnisse ihrer Bürger, besonders auf der Bezirksebene, hin ausgerichtete gemeindliche Selbstverwaltung. „Berliner Demokratie" stellt sich also auch in den Nachkriegs- und Wiederaufbaujahrzehnten von Stadt und Land Berlin zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gegenwart dar als eine ständige Mischung von parlamentarisch-demokratischer Praxis im Dienst nationaler und weltpolitischer Funktionen und einem politischen Entscheidungsprozeß für den Bürger in seinem täglichen gemeindlichen Leben im städtischen und bezirklichen Raum.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit bot sich der Stadt die Chance zum demokratischen Neuanfang, die die Berliner in imponierender Weise nutzten. Dennoch konnte in den folgenden Jahren nicht verhindert werden, daß der an Intensität und Schärfe zunehmende Ost-West-

* Siehe Otto Büsch/Wolfgang Haus, *Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919—1933*, in: Otto Büsch/Wolfgang Haus/Georg Kotowski/Hans J. Reichhardt, *Berliner Demokratie 1919—1985*, Band 1 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 70/1), Berlin 1987.

Gegensatz hier zur Spaltung der Stadt führte und ihrem östlichen Teil seither die Gestaltung seiner Angelegenheiten nach demokratischen Grundsätzen wie im Westteil verwehrt blieb. Insoweit ist in diesem zweiten Band, wenn von Demokratie in Berlin die Rede ist, seit 1948/49 stets nur jene in dessen westlicher Hälfte gemeint.

Ganz im Gegensatz zur Weimarer Republik, als nach gut einem Jahrzehnt mit einer kurzen Blütezeit unter den verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise radikale politische Kräfte die Oberhand gewannen und die parlamentarische Demokratie ihrem Ende entgegentaumelte, als man selbst in Berlin 1931 die Selbstverwaltung wieder mehr auf autoritäre Strukturen hin ausrichten zu müssen glaubte, nahm die Entwicklung seit 1945 einen völlig anderen Verlauf. Nach der selbst verschuldeten Katastrophe lag allem politischen Handeln in der Stadt ausgesprochen oder unausgesprochen die Maxime zu Grunde, jeden Irrweg zu vermeiden, der vielleicht noch einmal ein solches Resultat zur Folge haben könnte. Es war gleichsam ein elementares Verlangen nach Demokratie, das die Menschen dieser Stadt beherrschte, dem sie bei dem runden Dutzend von Wahlen während der letzten vier Jahrzehnte nahezu bekenntnishaft Ausdruck verliehen und das sie bei den schweren Krisen um die Stadt jeweils am Ende der 40er wie der 50er Jahre so völlig anders als in der Schlußphase der Weimarer Republik reagieren ließ.

Selten und wohl nirgends so stark wie in Berlin bestand und besteht noch immer eine so direkte Wechselwirkung zwischen internationaler Politik und internen Entscheidungen wie Reaktionen. Mag der Westen bei der ersten schweren Krise im Sommer 1948 in der Behauptung seiner Position in der Stadt sich auch von der Wahrung seiner Interessen haben leiten lassen, so bleibt völlig unzweifelhaft, daß das überwältigende Bekenntnis der Berliner Bevölkerung zur demokratischen Lebensform trotz äußerster Gefährdung und existentieller Nöte dabei den Ausschlag gab. Sollte die moralische Grundlage ihrer Politik wie ihre Glaubwürdigkeit keinen irreparablen Schaden nehmen, waren die Westmächte geradezu zum Verbleiben in der exponierten Stadt gezwungen.

Im vorliegenden zweiten Band zur Berliner Demokratie von der Besetzung durch die Alliierten bis in die Gegenwart schildert im *Ersten Teil* Hans J. *Reichhardt* die Entwicklung vom mühsamen und von erbitterten Auseinandersetzungen nicht freigebliebenen Neuaufbau demokratischer Strukturen inmitten der vom Krieg verwüsteten Stadt über ihre administrative Spaltung, die in der einen Hälfte auf der

Grundlage einer Verfassung zur Bildung des Landes Berlin mit engem Anschluß an die Bundesrepublik Deutschland und in der anderen Hälfte zu ihrer Umwandlung als „Hauptstadt" der DDR führte, bis hin zum Bau der Mauer und dem Suchen nach einer Politik, die sie ein wenig durchlässiger machen konnte.

Die Wahl vom Frühjahr 1963 markiert nach Überzeugung beider Autoren dieses Bandes eine gewisse Zäsur in der inneren demokratischen Entwicklung Berlins. Nach ihrer Selbstbehauptung im Kampf gegen die Zwangsvereinigung in den Wintermonaten 1945/46 hatte die SPD sich stets als bestimmende politische Kraft in der Stadt erwiesen und nach 1948 nun ein zweites Mal über 60 % der Stimmen erhalten. Dieser Wahlsieg bedeutete zugleich aber auch das Ende eines bestimmten Verhaltensmusters der demokratischen Parteien. Trotz aller Unterschiedlichkeit in der politischen Zielsetzung galt es, in die Stadt betreffenden essentiellen Fragen eng zusammenzustehen. Nun aber bedingte die die ganze Stadt zerreißende Mauer eben auch ein spürbares Nachlassen des äußeren Drucks. Folglich glaubten die Verantwortlichen auf die im demokratischen Selbstverständnis ohnehin nur für Notzeiten „reservierte" Große Koalition endgültig verzichten und fortan das in allen wirklichen Parlamenten normale Gegeneinander von Regierung und Opposition praktizieren zu können.

Im *Zweiten Teil* dieses Bandes unternimmt es Georg *Kotowski*, die Verflechtung der Berlin-Politik der Großen Mächte mit der inneren Entwicklung der Berliner Demokratie aufzuzeigen und die Wechselwirkungen des einen Bereiches auf den andern darzustellen. Dabei hat in dem Jahrzehnt zwischen dem Mauerbau und der Unterzeichnung des 1972 in Kraft tretenden Abkommens über Berlin noch die Abwehr des äußeren Drucks Vorrang gehabt, während seitdem innere Probleme zunehmend die Wählerentscheidung beeinflußten. Nur in diesem Zusammenhang ist die Ablösung der Berliner Sozialdemokratie als der bisher führenden politischen Kraft durch die Christlich-Demokratische Union zu verstehen, wobei deutlich wird, daß der Abstieg der SPD vornehmlich durch lähmende innere Flügelkämpfe bewirkt wurde, so daß die Partei zunehmend Wähler an die CDU, alsbald aber auch an die ‚Alternative Liste' abgab, die zwar Teil einer „grünen" Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland ist, aber auffällige Berliner Besonderheiten aufweist. Eine strukturelle Wirtschaftskrise, eine bedenkliche Bevölkerungsentwicklung und eine erst jetzt deutlicher werdende Ausländerproblematik bildeten Rahmenbedingungen, unter denen sich die Berliner Demokratie erneut bewähren mußte.

Wie schon im ersten, so haben sich auch in diesem zweiten Band gewisse thematische Überschneidungen in den jeweils bearbeiteten Zeitabschnitten nicht vermeiden lassen, ebenso wie auch auf differenzierende Interpretationen nicht verzichtet wurde. Dies mag der Leser gleichwohl als einen gewissen Vorteil empfinden, kann er doch nun aus mehreren Blickwinkeln heraus die letzten vierzig Jahre Demokratie in Berlin betrachten.

*

So wie im ersten Band zur Berliner Demokratie in der Weimarer Republik ist auch in diesem Band eine Wahl- und Sozialstatistik, nun für die Jahrzehnte zwischen 1945 und 1985, beigegeben, die unter Leitung von Otto *Büsch* und unter der Mitarbeit von Sabine *Jung*, Yorck *Kaempfer*, Dirk *Rotenberg*, Arthur *Schlegelmilch*, Robert *Scholz* und Andreas *Splanemann* von Felix *Escher* verantwortlich bearbeitet und kommentiert worden ist. Sie ist entstanden im Rahmen der Tätigkeit der ‚Arbeitsgruppe Berliner Demokratie' des Forschungsprojektschwerpunkts „Geschichte Berlins" des Fachbereichs Geschichtswissenschaften der Freien Universität Berlin. Die Gegenüberstellung der Wahlergebnisse von Bezirks- und Stadtverordneten- bzw. Abgeordnetenhauswahlen zwischen 1946 und 1985 und der Bevölkerungs-, Konfessions- und Erwerbsstatistik nach Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen auf städtischer, bezirklicher und Landesebene nach den Stichjahren der Volks- bzw. Fortschreibungszählungen von 1946, 1950, 1961, 1970 und 1980 mag es erlauben, durch eine solche erstmals in dieser Kombination zusammengestellte und kommentierte Statistik eine weitere Grundlage zum Begreifen der Bestimmungsgründe für das Wahlverhalten der Berliner in den einzelnen Phasen der Berliner Nachkriegsdemokratie und für die räumliche Zuordnung der Ergebnisse zu bieten. Die Analyse der Wahlen im Nachkriegsberlin in ihrem Zusammenhang mit den sozialen und politischen Daten der Stadtentwicklung bildet einen weiteren Zugang zur Geschichte dieses Zeitraums.

*

Als einer der Beiträge der Historischen Kommission zu Berlin und der Autoren dieses Werkes zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 sollte die „Berliner Demokratie 1919—1985" — wie im ersten, so auch im vorliegenden zweiten Band — von vornherein ein äußeres Erscheinungsbild erhalten, das möglichst vielen Interessenten einen anschaulichen Zu-

gang erlaubt. Dieses Buch enthält deshalb keinen Anmerkungsapparat und verzichtet auf methodologische oder theoretische Ausführungen über die geschichtswissenschaftliche Vorgehensweise. Das Literaturverzeichnis im Anhang — zusammengestellt von zwei Mitarbeitern der ‚Arbeitsgruppe Berliner Demokratie', Yorck *Kaempfer* und Dirk *Rotenberg* — bietet eine Auswahl von mehreren hundert Titeln an, die es dem kritischen Leser und Benutzer dieses Werkes ermöglicht, die einzelnen Teile der Ausführungen der Autoren dieses Bandes durch ergänzende Lektüre zu hinterfragen. Dieselben Mitarbeiter haben eine Zusammenstellung der Magistrate und Senate Groß-Berlins bzw. Berlins (West) von 1945 bis zur Gegenwart beigegeben. Der *Bildteil* ist auch in diesem Band wieder in die Mitte zwischen die beiden Textbeiträge gestellt und erlaubt es dem Leser so, sich rückblickend auf den *Ersten Teil* und in der Vorschau auf den *Zweiten Teil* die geschilderten Phasen der kommunal, national und international bestimmten Geschichte Berlins in der zweiten Berliner Demokratie zwischen dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs und der Gegenwart auch visuell anschaulich vor Augen zu führen.

*

Der ‚Sparkasse der Stadt Berlin West' sind die Historische Kommission zu Berlin und das unterzeichnete Autorenteam für die finanzielle Unterstützung der Herausgabe auch dieses zweiten Bandes sehr dankbar. Dank sprechen die Autoren den oben bereits genannten Mitarbeitern für ihre Hilfe bei der Beschaffung von Material, bei der Bebilderung und der Bereitstellung statistischer Unterlagen aus. Eine besondere Würdigung verdienen wiederum der Lektor der Historischen Kommission, Christian *Schädlich,* für die Betreuung der Drucklegung und Karsten *Bremer* für die Mitwirkung bei der graphischen Gestaltung des Bandes. — Die Wahl- und Sozialstatistik zum Nachkriegsberlin ist wieder mit der finanziellen Hilfe entstanden, die die Freie Universität Berlin auf Empfehlung der zentralen ‚Ständigen Kommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs' und auf Anordnung ihres Präsidenten, Prof. Dr. Dieter *Heckelmann,* zur Verfügung gestellt hat. — Der hier ausgesprochene Dank gilt ebenso erneut den Archiven, Bibliotheken und Bildstellen innerhalb und außerhalb Berlins und ihren vielen ungenannten Mitarbeitern, die den Autoren das Grundlagenmaterial für die Niederschrift und Zusammenstellung dieses Werkes vermittelt haben.

Die 750-Jahr-Feier Berlins, die so viele wissenschaftliche, kulturelle und politische Ergebnisse gezeitigt hat, ist auch der Anlaß für die unterzeichneten Autoren geworden, über die erste und zweite Demokratie in Berlin nachzudenken und ihre Überlegungen hierzu in diesem Werk niederzulegen. Das demokratische Berlin ist Anschauung und Lehre zugleich für die Möglichkeiten des modernen *homo politicus,* die verschiedenen Ebenen seiner gesellschaftlichen Zugehörigkeit zu seiner Gemeinde, zur Nation und zur Welt in einer Einheit zu sehen, zu begreifen und zu realisieren.

Berlin-Nikolassee,
im August 1987

Otto Büsch
Wolfgang Haus
Georg Kotowski
Hans J. Reichhardt

INHALT

EINLEITUNG V

ERSTER TEIL

Wiederaufbau und Festigung demokratischer Strukturen im geteilten Berlin 1945—1963

Hans J. Reichhardt

I Vom Kriegsende bis zu den Oktober-Wahlen 1946 5

Grundlagen des Vier-Mächte-Status 6
Einrichtung einer städtischen Verwaltung 8
Zulassung von Parteien und Gewerkschaften 10
„Antifa"-Block der Parteien 12
Erzwungene Führungswechsel bei CDU und LDP 15
Selbstbehauptung der SPD 17
Erlaß der Vorläufigen Verfassung vom August 1946 20
Wahlen vom 20. Oktober 1946 21

II Kommunale Selbstverwaltung im Spannungsfeld der Weltpolitik 1947—1948 24

Schwierigkeiten der Magistratsbildung 25
Oberbürgermeister-Krise 26
Alliierte Eingriffe in die Selbstverwaltung 29
FDGB und UGO 31
Selbständige Landesverbände von CDU und LDP 35
Scheitern der Siegermächte in der Deutschland-Frage 35
Rückwirkungen der internationalen Politik auf Berlin 37

III Auf dem Weg zur Spaltung der Stadt 1948—1949 38

Zwei Währungen 39
Beginn von Blockade und Luftbrücke 43

Vollzug der Spaltung der Stadt 45
Wahlen vom 5. Dezember 1948 48

IV Demokratischer Neuanfang in West-Berlin 1949 bis 1950 50

Große Koalition im Magistrat 51
Währungsreform im März 1949 52
Berlin im Parlamentarischen Rat 54
Ende der Blockade 56
Eisenbahnerstreik 61
„Kleines Besatzungsstatut" 63
Beziehungen Berlins zum Bund 66
Entwicklung in Ost-Berlin 67
Verwaltung und Verfassung 71
Wahlen vom 3. Dezember 1950 75

V Konsolidierung der politischen Verhältnisse 77
1. 1951 bis 1954 77

Bildung des ersten Senats 79
Angleichung an die Verhältnisse im Bund 81
Berlin und das Mühen um Wiedervereinigung 84
Streben nach Festigung demokratischer Strukturen 89
17. Juni 1953 92
Neubildung des Senats durch CDU/FDP-Koalition 94
Berlins Unterstützung der Bonner Außenpolitik 96
Wahlen vom 5. Dezember 1954 98

2. 1955 bis 1958 101

Bildung eines SPD/CDU-Senats 101
„Erklärung über Berlin" 105
Hauptstadtansprüche 106
Kontakte mit der „anderen Seite" 113
Wechsel im Amt des Regierenden Bürgermeisters 118
Wahlen vom 7. Dezember 1958 120

VI Zweite große Berlin-Krise — 1958—1963 121

Fortsetzung der Großen Koalition 122
Innere Lage der Stadt 124
Warten auf eine Entscheidung 127
Reaktionen auf die Mauer 130
Wahlen vom 17. Februar 1963 136

BILDTEIL 139

I Persönlichkeiten und Gremien der demokratischen Körperschaften in Stadt und Land Berlin ... 148
II Berlin, Deutschland und das Ausland: Freunde - Verbündete — Besucher ... 159
III Werbung um den Berliner Wähler ... 170
IV Berliner Demokratie in der Bewährung: Zäsuren — Ereignisse — Zustände ... 177
V Kulturstadt Berlin ... 188
VI Von der zerstörten Stadt zur neuen Berliner Stadtlandschaft ... 194

ZWEITER TEIL

Vom Vorposten der westlichen Demokratie zur Stadt des Viermächte-Abkommens 1963—1985

Georg Kotowski

Einleitung ... 207

Vorbemerkung ... 207
Folgen des Mauerbaus ... 208
Der Zerfall des Konsenses zwischen den demokratischen Parteien ... 210

I Landesregierung und Parteien ... 214

Probleme Berlins seit den 60er Jahren ... 214
Die SPD und ihre inneren Konflikte in ihrer Bedeutung für die Berliner Politik ... 217
Die Parteiorganisation der Berliner SPD ... 223
Die CDU ... 224
Die Parteiorganisation der Berliner CDU ... 229
Die FDP ... 230
Die Parteiorganisation der Berliner FDP ... 232
KPD/SEW ... 234
Die Außerparlamentarische Opposition und ihre Wirkungen ... 236
Die Alternative Bewegung ... 237
AL — Wahlerfolge und Organisationsprobleme ... 239

II Verwaltungsbezirke und Wählerverhalten ... 241

Die Verwaltungsbezirke Berlins ... 241
Zum Wählerverhalten in den Bezirken ... 244
Parteien und Wähler. Eine zusammenfassende Würdigung ... 253

III Verfassungs- und Statusfragen 256

Zur Berliner Verfassung und einigen ihrer besonderen Probleme 256
Das Berlin-Abkommen von 1971 und die Besatzungsmächte 261

IV Berlin seit 1971: Alte und neue Aufgaben 265

Neue Grundlagen für die Politik Berlins 265
Bemerkungen zur Entwicklung der Berliner Wirtschaft 266
Bevölkerungsentwicklung, Ausländerfragen
und soziale Veränderungen 270
Probleme der inneren Sicherheit 275

Ausblick 281

LITERATURVERZEICHNIS 285
STATISTISCHER ANHANG 315
TABELLARISCHER ANHANG 403
NAMEN- UND SACHREGISTER 429

ERSTER TEIL

Wiederaufbau und Festigung demokratischer Strukturen im geteilten Berlin 1945—1963

Hans J. Reichhardt

INHALT

I Vom Kriegsende bis zu den Oktober-Wahlen 1946 5

Grundlagen des Vier-Mächte-Status 6
Einrichtung einer städtischen Verwaltung 8
Zulassung von Parteien und Gewerkschaften 10
„Antifa"-Block der Parteien 12
Erzwungene Führungswechsel bei CDU und LDP 15
Selbstbehauptung der SPD 17
Erlaß der Vorläufigen Verfassung vom August 1946 20
Wahlen vom 20. Oktober 1946 21

II Kommunale Selbstverwaltung im Spannungsfeld der Weltpolitik 1947—1948 24

Schwierigkeiten der Magistratsbildung 25
Oberbürgermeister-Krise 26
Alliierte Eingriffe in die Selbstverwaltung 29
FDGB und UGO 31
Selbständige Landesverbände von CDU und LDP 35
Scheitern der Siegermächte in der Deutschland-Frage 35
Rückwirkungen der internationalen Politik auf Berlin 37

III Auf dem Weg zur Spaltung der Stadt 1948—1949 38

Zwei Währungen 39
Beginn von Blockade und Luftbrücke 43
Vollzug der Spaltung der Stadt 45
Wahlen vom 5. Dezember 1948 48

IV Demokratischer Neuanfang in West-Berlin 1949 bis 1950 50

Große Koalition im Magistrat 51
Währungsreform im März 1949 52
Berlin im Parlamentarischen Rat 54
Ende der Blockade 56
Eisenbahnerstreik 61
„Kleines Besatzungsstatut" 63

Beziehungen Berlins zum Bund 66
Entwicklung in Ost-Berlin 67
Verwaltung und Verfassung 71
Wahlen vom 3. Dezember 1950 75

V Konsolidierung der politischen Verhältnisse 77
1. 1951 bis 1954 77

Bildung des ersten Senats 79
Angleichung an die Verhältnisse im Bund 81
Berlin und das Mühen um Wiedervereinigung 84
Streben nach Festigung demokratischer Strukturen 89
17. Juni 1953 92
Neubildung des Senats durch CDU/FDP-Koalition 94
Berlins Unterstützung der Bonner Außenpolitik 96
Wahlen vom 5. Dezember 1954 98

2. 1955 bis 1958 101

Bildung eines SPD/CDU-Senats 101
„Erklärung über Berlin" 105
Hauptstadtansprüche 106
Kontakte mit der „anderen Seite" 113
Wechsel im Amt des Regierenden Bürgermeisters 118
Wahlen vom 7. Dezember 1958 120

VI Zweite große Berlin-Krise — 1958—1963 121

Fortsetzung der Großen Koalition 122
Innere Lage der Stadt 124
Warten auf eine Entscheidung 127
Reaktionen auf die Mauer 130
Wahlen vom 17. Februar 1963 136

ERSTER TEIL

Wiederaufbau und Festigung demokratischer Strukturen im geteilten Berlin 1945—1963

Hans J. Reichhardt

I

Vom Kriegsende bis zu den Oktober-Wahlen 1946

Wenngleich eine Mehrheit seiner Bevölkerung noch bis zuletzt den Nationalsozialisten das Ja zur endgültigen Festigung ihrer Macht im März 1933 verweigert hatte, wurde Berlin als Machtzentrum ihres Regimes dennoch geradezu zwangsläufig zum Brennpunkt der Flut von Haß und Verachtung, die in der ganzen Welt während jener zwölf dunklen Jahre herangewachsen war. Trotz aller Differenzen zwischen den Alliierten über die Gestaltung der Nachkriegsverhältnisse in Europa vollzog sich das Ende des Kampfes auf deutschem Boden im April und Mai 1945 noch immer unter dem Vorzeichen des Waffenbündnisses zwischen Ost und West, das beiden Seiten zur Weiterführung des Krieges gegen Japan unentbehrlich, zur Fortdauer ihrer Zusammenarbeit durch die Gründung der Vereinten Nationen als erster Voraussetzung des Friedens sowie zur gemeinsamen Niederhaltung des mühsam genug geschlagenen Gegners unerläßlich notwendig zu sein schien. Wenn selbst ein Mann wie Churchill noch im Januar 1945 die Möglichkeit eines bis zu zwei Jahre dauernden deutschen Widerstandes nach der Niederlage befürchtete, verwundert es nicht, daß ein fast ängstliches Bestreben eigentlich alle anderen führenden alliierten Politiker beherrschte, dem besiegten Deutschland nicht noch einmal, wie nach dem Ersten Weltkrieg, einen moralischen Anspruch aus den von ihnen

selbst proklamierten demokratisch-humanitären Grundsätzen der künftigen Friedensordnung zuzugestehen. Im Grunde war es wohl nur die Sorge, mit eigenen Mitteln die Kosten für einen Wiederaufbau Deutschlands tragen zu müssen, die das Verlangen auch der Westmächte nach radikaler Unschädlichmachung des Feindes bremste und Zweifel am Umfang der ihm zugedachten territorialen und wirtschaftlichen Schwächung aufkeimen ließ. Derlei Überlegungen schließlich bewogen die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945, an Deutschlands wirtschaftlicher Einheit festzuhalten, während die auf seiner politischen Dezentralisierung — als einer Art Abklang auf die diversen Teilungs- und Zerstückelungspläne der Kriegsjahre — beruhende Demokratisierung noch ebenso auf dem Prinzip einer von den Siegern kontrollierten „Erziehung" der Deutschen beruhte.

Nicht nur als Berlin in den verheerenden Luftangriffen der Wintermonate 1944/1945 und noch einmal in den Straßen- und Häuserkämpfen während der Eroberung durch sowjetische Truppen Ende April sein Gesicht nahezu bis zur Unkenntlichkeit verlor, sondern auch noch als am 5. Juni die vier Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen hier gemeinsam die oberste Gewalt übernahmen und die Potsdamer Konferenz am 2. August vage Umrisse eines Regierungsprogramms für das zerschmettert am Boden liegende Deutschland festlegte, schien auf den ersten Blick für die Zukunft kein Raum mehr gegeben, in dem es seinen Rang als wichtigste Metropole Mitteleuropas hätte behaupten können. Und doch sollte diese Stadt, die im Frühsommer 1945 mit ihrer hungernden und verzweifelten Bevölkerung von noch rund drei Millionen Menschen sich dem Beschauer als „größter Trümmerhaufen der Welt" darbot, trotz des Verlustes von Hauptstadtfunktionen eine Sonderstellung behalten und zu einem der wichtigsten Erfahrungsfelder jener Enttäuschungen werden, die das Anti-Hitler-Bündnis zerbrechen ließen und in den nun schon mehr als vier Jahrzehnte die Weltpolitik beherrschenden Ost-West-Gegensatz mündeten.

Grundlagen des Vier-Mächte-Status

Schon während des Krieges hatten sich die Großmächte über den Verwaltungsmechanismus für Deutschland nach dessen bedingungsloser Kapitulation in großen Zügen verständigen können. Doch die von der in London tagenden Europäischen Beratenden Kommission im September und im November 1944 getroffenen Abmachungen („Londoner Protokolle"), später von den Staats- und Regierungschefs auf

ihren Konferenzen in Jalta und Potsdam bestätigt, ließen genügend Möglichkeiten für verschiedenartige Auslegungen offen. Daher konnte es kaum ausbleiben, daß sich in der Praxis der Besatzungspolitik sehr bald fundamentale Unterschiede auftaten, die auf einer völlig konträren, ideologisch fundierten Interpretation der im staatlichen und politischen Leben gebräuchlichen Begriffe und Wertvorstellungen beruhten. Dieses Faktum jedoch empfanden die Westmächte unter dem Eindruck des soeben errungenen gemeinsamen Sieges 1945 als nicht so schwerwiegend, um daraus bereits entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Besonders deutlich trat dies in Berlin hervor, das ins Zentrum der Konflikte der Siegermächte rückte und eine Art Spiegelbild der Entwicklung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg darstellte.

Im Unterschied zu allen anderen deutschen Städten nämlich zeigte sich hier, daß der kommunale Wiederaufbau nahezu völlig vom Stand der Beziehungen der Besatzungsmächte untereinander abhing. Die Londoner Protokolle hatten die Aufteilung des Reiches in drei beziehungsweise später in vier von den Truppen der Siegermächte zu besetzende Zonen festgelegt. Deren Oberbefehlshaber bildeten zur einheitlichen Behandlung des Landes gemeinsam den Alliierten Kontrollrat mit Sitz in Berlin, das deshalb ausdrücklich von der allgemeinen Zoneneinteilung ausgenommen blieb und den Status eines besonderen Gebietes erhielt.

Innerhalb der vom preußischen Gesetz über die Bildung der Einheitsgemeinde Berlin vom 27. April 1920 gezogenen Grenzen sicherten bei der Sektoreneinteilung die Sowjets sich den Löwenanteil, nämlich mit acht Bezirken 45,6 % der Fläche und 36,8 % der Einwohner, während die Amerikaner mit sechs Bezirken und 23,9 % der Fläche sowie 30,7 % der Einwohner, die Briten gar mit nur vier Bezirken und 18,7 % der Fläche sowie 18,9 % der Einwohner sich begnügen mußten, nachdem sie an die später einrückenden Franzosen zwei Bezirke mit 11,8 % der Fläche und 13,6 % der Einwohner abgetreten hatten. Die Sektoren in ihrer Gesamtheit regierte die Alliierte Kommandantur, bestehend aus den vier Sektorenkommandanten, deren Befehle und Anordnungen bis in Einzelheiten der Kommunalpolitik hinein bindende Kraft besaßen, was allein erst das Wirken einer einheitlichen Stadtverwaltung ermöglichte.

Die Gefahr einer Spaltung Deutschlands wie seiner Hauptstadt Berlin war durch ihre Einteilung in Zonen beziehungsweise Sektoren gleichsam vorgegeben, sollten die Verbündeten zu keiner gemeinsamen Politik finden. Denn Kontrollrat und Kommandantur mußten einmü-

tig handeln, was jeder Besatzungsmacht erlaubte, ihr unerwünschte Beschlüsse durch ein Veto zu verhindern. Während der Kontrollrat im Grunde nur in Fragen der Zerschlagung des deutschen militärischen Potentials und der Verhinderung seines Wiederauflebens, der Überwindung des Nazi-Regimes und der Bestrafung von Kriegsverbrechern Einigkeit erzielen konnte, gestaltete sich die Zusammenarbeit in der Berliner Kommandantur zunächst recht verheißungsvoll. Offenbar schien es eben wesentlich einfacher, in praktischen Fragen zu einer Übereinstimmung zu gelangen; zudem galt die willkürliche Zerreißung einer organisch gewachsenen Millionenstadt wohl auch noch als eine solche Absurdität, an die allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz kaum schon jemand zu denken wagte.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen vermochte die Sowjetunion den Einmarsch westlicher Truppen in Berlin hinauszuzögern und damit die Wochen ihrer Alleinherrschaft ausgezeichnet zu nutzen. Sie zog die Umrisse der ersten Nachkriegsverwaltung immerhin so dauerhaft, daß die erst am 11. Juli 1945 gebildete Alliierte Kommandantur an diesem Ergebnis nur wenig änderte und in ihrem Befehl Nr. 1 alles bestätigte, was die sowjetische Militärverwaltung bis dahin geschaffen hatte. Viel bedeutsamer als die mit aller Energie unternommenen Schritte zur Ingangsetzung eines halbwegs normalen Lebens in der Stadt war jedoch, daß sie durch Marschall Shukows berühmten Befehl Nr. 2 vom 10. Juni politische Parteien und Organisationen in ihrem Bereich zuließ und damit scheinbar ihren Willen demonstrierte, eine demokratische Entwicklung in Deutschland zu fördern. Aber hinter dieser vorerst so hoffnungsvoll stimmenden Fassade bezogen die Sowjets und ihre deutschen politischen Freunde zugleich bereits die Ausgangspositionen, die nach wenigen Jahren dann doch zur Spaltung führen sollten.

Einrichtung einer städtischen Verwaltung

Noch während der Schlacht um Berlin begann die sowjetische Armee in den von ihr schon eroberten Stadtteilen mit dem Aufbau einer örtlichen deutschen Verwaltung. Geschah die Auswahl entsprechender Persönlichkeiten durch mit deutschen Verhältnissen meist nur wenig vertraute Frontoffiziere anfangs gewiß mehr oder minder zufällig, so änderte sich das allmählich nach Ankunft einer zehnköpfigen Gruppe kommunistischer Emigranten aus Moskau mit dem früheren KPD-Bezirkssekretär von Berlin-Brandenburg, Walter Ulbricht, an der Spitze am 30. April 1945. Ihre Aufgabe bestand darin, in engem Einver-

nehmen mit den sowjetischen Militärbehörden neue deutsche Verwaltungsorgane in Berlin einzurichten und die Wiedergründung der KPD und der Gewerkschaften vorzubereiten. Zunächst von dem 30 Kilometer östlich von Berlin gelegenen Bruchmühle, nach einigen Tagen von der Prinzenallee 80 im Bezirk Lichtenberg aus schwärmten die Mitglieder der „Gruppe Ulbricht" in die einzelnen Stadtteile: zur Klärung der allgemeinen Situation, zur Zerschlagung der bald nach der Waffenruhe spontan entstandenen KPD-Büros sowie Volks-, Hilfs- oder Ortskomitees der Bewegung „Freies Deutschland" und zum Aufspüren von Frauen und Männern, die für eine Mitarbeit in der neuen Verwaltung geeignet erschienen. Gemäß der von Ulbricht ausgegebenen Parole: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben", suchten sie im allgemeinen nur die entscheidenden Positionen mit Kommunisten zu besetzen.

Dieses Schema lag selbstverständlich auch der Bildung des dann am 19. Mai vom sowjetischen Stadtkommandanten General Bersarin der Öffentlichkeit präsentierten Magistrats zu Grunde. Dabei war es sogar gelungen, weithin so bekannte Persönlichkeiten zu gewinnen wie den früheren Reichsminister Andreas Hermes als Leiter der Abteilung für Ernährung, den Chirurgen Ferdinand Sauerbruch für das Gesundheitswesen und den Architekten Hans Scharoun für das Bau- und Wohnungswesen. Doch eben die für die weitere politische Entwicklung wesentlichen Schlüsselstellungen waren von vornherein absolut zuverlässigen Kommunisten zugeschanzt worden: so dem späteren DDR-Innenminister Karl Maron als Bürgermeister, der, dem parteilosen Oberbürgermeister Arthur Werner im Grunde nicht mehr als repräsentative Aufgaben überlassend, als stärkste Figur den Magistrat beherrschte, oder Arthur Pieck — Sohn des KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck —, welcher die Geschicke der immens wichtigen Abteilung Personal und Verwaltung bestimmte, oder der spätere DDR-Außenminister Otto Winzer, der als Leiter der Abteilung Volksbildung das Schulwesen und das kulturelle Leben im Sinne der Partei zu lenken suchte. Von den 18 Mitgliedern des Magistrats gehörte genau die Hälfte zur Kommunistischen Partei, doch, wie sich bald zeigen sollte, überwog ihr tatsächlicher Einfluß bei weitem dieses ohnehin schon zu ihren Gunsten ausschlagende Zahlenverhältnis.

Zulassung von Parteien und Gewerkschaften

Während die Westmächte über die Formen politischer Willensbildung in Deutschland nach der Kapitulation offensichtlich nur wenig konkrete Vorstellungen hatten und daher der Bildung von Parteien in den eigenen Zonen erst allmählich und nur zögernd zustimmten, ergriff die Sowjetunion in ihrem Bereich sehr bald die Initiative. Mitbestimmend für diese Eile mag die Tatsache gewesen sein, daß bereits einige Zeit vor dem Einrücken westlicher Truppen in Berlin die sowjetischen Militärbehörden zumindest die Grundlagen für eine Entwicklung des Parteiwesens nach ihren Wünschen schaffen wollten.

So konnten innerhalb nur eines Monats vier Parteien und die Gewerkschaften mit Gründungsaufrufen hervortreten, wobei von vornherein klargestellt blieb, daß diese für das gesamte sowjetische Besatzungsgebiet zugelassenen Organisationen ihre Zentralen in Berlin einrichteten. Ein Befehl der Alliierten Kommandantur über eine Anerkennung der bereits vor ihrer Etablierung gegründeten Parteien existiert nicht. Ihr erster diesbezüglicher Befehl, der das Genehmigungsverfahren zur Abhaltung von Versammlungen der Parteien zum Inhalt hatte, datiert erst vom 10. August 1946. Er beruhte, ebenso wie der Befehl über die Zulassung politischer Parteien in Berlin, ganz selbstverständlich auf der Annahme, daß in der Stadt längst vier Parteien bestanden, die sich nicht erst um ihre Anerkennung durch die Kommandantur bemühen mußten.

Da die sowjetische Besatzungsmacht jeder ihr nicht genehmen Partei mit Hilfe des Vetorechts die Lizenzierung versagen konnte, war an dem von ihr eingeführten Vier-Parteien-System nicht mehr zu rütteln. Die anfänglich stillschweigende Duldung dieses Faktums fiel den Westmächten wohl deshalb leichter, weil es der Sowjetunion mit dem Schachzug der Zulassung auch „bürgerlicher" Parteien gelungen war, eben dieses Feld des in westlichen Augen „normalen" demokratischen Spektrums abzudecken. Zudem verschleierten die zentralen Aussagen des Gründungsaufrufes der KPD vom 11. Juni über die Notwendigkeit der Vollendung der 1848 gescheiterten bürgerlichen Revolution in einer parlamentarisch-demokratischen Republik wie die über den Irrweg, Deutschland jetzt das Sowjetsystem aufzuzwingen, weitgehend die Gefahr einer von der Sowjetischen Militäradministration (SMA) gedeckten kommunistischen Durchdringung aller Bereiche des öffentlichen Lebens.

Die Erinnerung an das Scheitern der gespaltenen Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Nationalsozialismus wie die oft gemeinsamen Erlebnisse in der Illegalität, in Zuchthäusern und in Konzentrationslagern bestärkten viele Sozialdemokraten und Kommunisten in ihrem Willen, bei einem Neubeginn aus den bitteren Lehren der Vergangenheit die richtigen Schlüsse zu ziehen. Dies konnte nur bedeuten: Überwindung des unseligen Bruderkampfes durch Gründung einer einheitlichen Partei. Aus dieser Erkenntnis heraus suchten Sozialdemokraten noch vor der offiziellen Erlaubnis zu politischer Betätigung den Abschluß entsprechender Vereinbarungen mit Kommunisten. Doch die den aus Moskau heimgekehrten Emigranten mitgegebenen Direktiven sahen die Wiedergründung beider Arbeiterparteien vor, in deren Reihen sich erst noch ein ideologischer Klärungsprozeß vollziehen müsse, ehe man an die Verwirklichung neuer politischer Lösungen denken könne. Hinter dieser teilweise schroff geäußerten Ablehnung des Einheitsgedankens verbarg sich die Erwartung, daß unter den gegebenen Verhältnissen die KPD auf demokratische Weise zum bedeutendsten politischen Faktor heranwachsen und dann vielleicht sogar die absolute Mehrheit erringen könnte. Offensichtlich ging die Spekulation der Kommunisten dahin, dank starker sowjetischer Unterstützung eine besondere Wertschätzung in der Bevölkerung zu gewinnen und damit in Deutschland ihre Ziele ohne oder gar gegen die Sozialdemokraten zu erreichen.

Zunächst schienen derlei Hoffnungen durchaus berechtigt zu sein; denn der bereits vor der offiziellen Zulassung vollzogene organisatorische Aufbau verschaffte der KPD einen ziemlichen Vorsprung, während die SPD erst Wochen später wirklich mit der zudem noch oft durch Eingriffe sowjetischer Offiziere gehemmten oder verzögerten Errichtung ihres Parteiapparates beginnen konnte. Seit dem September jedoch konnte sie in schnellem Tempo aufholen, während bei der KPD der Mitgliederzulauf stagnierte. Inzwischen hatte auch die Enttäuschung vornehmlich unter jenen Sozialdemokraten immer mehr Platz gegriffen, die besonders leidenschaftlich für eine einheitliche Arbeiterpartei eingetreten waren. Sie mußten nämlich erkennen, daß die KPD trotz ihres so demokratisch wirkenden Programms, trotz der Erfahrungen in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit letztlich nichts dazugelernt hatte. Als die Kommunisten diese Bewußtseinswandlung zu spüren begannen, die CDU in der sowjetischen Zone eine Mitverantwortung für die bei der Bodenreform praktizierten Methoden ablehnte und dann im November 1945 die österreichischen Wahlen mit

einer katastrophalen Niederlage der KPÖ endeten, erfolgte eine radikale Änderung der ursprünglichen Konzeption, um nach dem altbewährten Rezept von Zuckerbrot und Peitsche mit allen Mitteln die Vereinigung beider Parteien im gesamten sowjetischen Besatzungsbereich zu forcieren und schließlich durchzusetzen.

„Antifa"-Block der Parteien

Das im KPD-Gründungsaufruf vorgeschlagene Zehn-Punkte-Aktionsprogramm zur Liquidierung von Nazismus und Reaktion sowie zum Aufbau eines neuen Deutschlands sollte auch „als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien" dienen. Nach kommunistischem Verständnis der gesellschaftlich-politischen Situation mußte eine solche Block-Politik darauf gerichtet sein, nicht allein die „Überreste des Nazismus" zu beseitigen, sondern zugleich den sogenannten reaktionären Elementen die wirtschaftlich-soziale Basis für eine erneute Machtentfaltung zu entziehen. Der antifaschistisch-demokratische Impuls sollte die fortschrittlichen Kräfte im Bürgertum freisetzen und in eine Art Volksfront hineinführen mit beiden Arbeiterparteien als stärkstem Faktor. Verbunden damit war das Ziel einer Isolierung der „rechten" SPD-Führer, die nach kommunistischer Lesart „gefährlichen Bündnissen" mit der Großbourgeoisie zuneigten, sowie die Sicherung der führenden Rolle der KPD als Motor künftiger gesellschaftspolitischer Umwälzungen. Nicht-parteilichen Organisationen — insbesondere natürlich dem am 15. Juni gegründeten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), der die wesentlichen Gewerkschaftsrichtungen aus der Zeit vor 1933 in sich vereinigte, und dem am 4. Juli ins Leben gerufenen Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, welcher der Intelligenz eine Plattform zum Engagement beim geistig-kulturellen Neubeginn bieten sollte — blieb danach die Aufgabe, als Transmissionsriemen zwischen der parteimäßig organisierten „Vorhut der Arbeiterklasse" und der Masse des werktätigen Volkes zu fungieren.

Die beiden in Berlin entstandenen bürgerlichen Parteien schienen gleichsam in den „Block" hineingegründet worden zu sein. Die Anerkennung seiner politischen Grundlagen und Absichten erwies sich im gesamten sowjetischen Besatzungsbereich als *conditio sine qua non* neuen politischen Wirkens. Die treibenden Kräfte in den Gründungszirkeln sowohl der Christlich-Demokratischen Union (CDU) um Andreas Hermes und Jakob Kaiser als auch der Liberal-Demokratischen

Partei (LDP) um Waldemar Koch und Wilhelm Külz unterstrichen in ihren Gesprächen mit Marschall Shukow, die übrigens stets im Beisein des maßgebenden KPD-Funktionärs Ulbricht stattfanden, ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im „Block". Skepsis und Zurückhaltung ob solch von vornherein festgelegter „Einbindung" mag es hier und da in der jeweiligen Mitgliedschaft gegeben haben, doch überwog fraglos bei weitem die Einsicht in die Notwendigkeit eines Zusammenstehens aller Demokraten bei der Lösung der zum Aufbau eines neuen Staates grundlegenden politischen Fragen.

Welches Maß an Zielstrebigkeit die KPD beim Hineindrängen der anderen, noch mühsam nach eigenen Organisationsformen suchenden Parteien in den „Block" offenbarte, mag man unter anderem auch daran ablesen, daß im Stadtteil Marienfelde schon am 1. Juli — also zwei Wochen vor der offiziellen Konstituierung des „Blocks" auf Zonenbasis — die gerade entstehenden Ortsgruppen von CDU und LDP einen solchen mit denen von KPD und SPD bildeten und nur vier Tage später der „Block" des Bezirks Tiergarten vor dem Rathaus in der Turmstraße mit 20 000 Teilnehmern die erste große Kundgebung nach Kriegsende in Berlin organisierte mit Otto Suhr (SPD), Max Reimann (KPD), Peter Even (CDU) und Wolfgang Derz (LDP) als Rednern.

Am 14. Juli schließlich beschlossen bei einer ersten Zusammenkunft Spitzenvertreter aller vier Parteien unter gegenseitiger Respektierung ihrer Selbständigkeit die Bildung einer Einheitsfront, des sogenannten Antifaschistischen Blocks in Berlin. Mitte August nahmen die Parteivorsitzenden Grotewohl, Pieck, Hermes und Koch auf der ersten öffentlichen Kundgebung des Blocks im Haus des Rundfunks in der Masurenallee Stellung zu den Ergebnissen der Potsdamer Konferenz. Sie betonten übereinstimmend, daß angesichts der Ungeheuerlichkeiten des Nazi-Regimes das deutsche Volk sich nicht über die Härte der Sieger beklagen dürfe, die Anerkennung zumindest der wirtschaftlichen Einheit des Landes gleichwohl aber Möglichkeiten zum Aufbau einer Friedensindustrie und zur Steigerung der Agrarproduktion eröffne. Das gemeinsame Bekenntnis zum Streben nach Rechtssicherheit, nach der Freiheit von Gewissen und Glauben sowie der Achtung vor religiösen und sittlichen Überzeugungen vermochte allerdings nur für kurze Zeit die Tatsache zu überschatten, daß beide bürgerliche Parteien in dieser Partnerschaft lediglich begrenzten Einfluß besaßen, wenngleich auch sie im Unterschied zu den westlichen Zonen ihre Organisationen im sowjetischen Bereich in erstaunlichem Tempo aufbauen und sich dem Glauben hingeben konnten, ganz wesentlich bei

der Parteien-Entwicklung im westlichen Deutschland mitwirken zu können. Zunächst blieb für die politische Szenerie Berlins jedoch bestimmend, daß das enge Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten bei der Überwindung des Nationalsozialismus keineswegs aussichtslos erschien. Auch als in der sowjetischen Zone, zugleich mit Demontagen und Enteignungen, durch die Diskussion über eine Bodenreform die erste schwerwiegende politische Streitfrage sich am Horizont abzeichnete, billigte der Berliner Block am 13. September dieses Vorhaben noch prinzipiell aus der Aufbruchsstimmung der ersten Wochen heraus, durch eine gerechtere Bodenverteilung eine wirksame Steigerung der Nahrungsmittelproduktion herbeiführen zu helfen.

Unmittelbar danach aber mehrten sich die Stimmen der Ernüchterung und Skepsis. Nachdem die KPD-Führung hatte erkennen müssen, die Anziehungskraft ihrer Partei auf breite Volksmassen völlig falsch eingeschätzt zu haben, unterzog sie ihren politischen Kurs einer scharfen Korrektur. Bereits Mitte September suchte die KPD sozialdemokratische Funktionäre von der unumgänglichen Notwendigkeit einer Fusion beider Arbeiterparteien zu überzeugen. Während der Vorsitzende des SPD-Zentralausschusses, Otto Grotewohl, zu diesem Zeitpunkt auf einer außerordentlichen Funktionärkonferenz in der „Neuen Welt" in Gegenwart Wilhelm Piecks die Voraussetzungen für eine organisatorische Verschmelzung keineswegs schon für gegeben hielt, da man zuvor viele Sozialdemokraten noch von ihren Zweifeln in bezug auf „die ehrliche Überzeugung der kommunistischen Schwenkung" befreien müsse, war er innerlich wohl doch schon auf die Linie der Schaffung einer Einheitspartei eingeschworen. Und dies verstärkte sich bei ihm zweifellos noch durch das Erlebnis der ersten gesamtdeutschen Konferenz der SPD in Hannover-Wennigsen Anfang Oktober. Denn über den gemeinsam proklamierten Willen hinaus, die Partei auf der Grundlage echter Demokratie unabhängig von den Besatzungsmächten zu halten, ließ sich keinerlei Verständigung über die konträren Standpunkte mehr erzielen, da Kurt Schumacher und die anderen Vertreter aus den westlichen Zonen vor allem Grotewohls Anspruch energisch abblockten, den Zentralausschuß der SPD im sowjetisch besetzten Gebiet vorerst als eine Art Reichsparteivorstand einzusetzen.

Noch etwa bis zum Jahresende 1945 galt den meisten Sozialdemokraten in Berlin und in der sowjetischen Zone der Zentralausschuß jedoch als Hort des Widerstandes gegen die von der KPD vorangetriebene Vereinigungskampagne. Nicht zuletzt war auch Grotewohl einige

Male recht kritisch mit Methoden und Verhalten von KPD-Funktionären gegenüber Sozialdemokraten ins Gericht gegangen. Wie wenig jedoch eine Taktik des Ausweichens und des Hinauszögerns von Entscheidungen die Entschlossenheit der Kommunisten sowjetischer und deutscher Provenienz zum Erreichen des Zieles einer einheitlichen Arbeiterpartei zu beeinflussen vermochte, sollte dann im Dezember offen zutagetreten.

Der Zentralausschuß billigte letztlich doch die seit Oktober ventilierte kommunistische Idee einer Konferenz von je 30 Vertretern beider Parteien zur „Verstärkung der Aktionseinheit". Und nicht nur das. Auf dieser sogenannten 60er-Konferenz in Berlin kurz vor Weihnachten billigten die Mitglieder des Zentralausschusses statt des eigenen den Resolutions-Entwurf der KPD als Diskussionsgrundlage, akzeptierten trotz aller auch bei dieser Gelegenheit noch einmal vorgetragenen Bedenken die Grundzüge für Programm und innere Verfassung einer künftigen Einheitspartei und erreichten weder die ausdrückliche Verurteilung von Verletzungen der Gleichberechtigung in der Zusammenarbeit beider Parteien während der letzten Wochen noch die Aufnahme des Vorbehalts, daß nur Reichsparteitage Beschlüsse über so existenzielle Fragen wie die genannten treffen dürfen. Als darauf das Echo von der Basis an das Ohr des Zentralausschusses drang, suchte dieser die Erregung vornehmlich mit der Versicherung zu dämpfen, eine Fusion mit der KPD lasse sich nur im Reichsmaßstab ermöglichen. Allein, es war bereits zu spät, die durch diese 60er-Konferenz in Gang gesetzte Entwicklung aufzuhalten. Grotewohl und seine Anhänger glaubten aus welchen Gründen auch immer, der geballten kommunistischen Agitationswelle nicht mehr länger mit Aussicht auf Erfolg widerstehen zu können.

Erzwungene Führungswechsel bei CDU und LDP

Noch während die sowjetischen Militärbehörden sich anschickten, der Entwicklung des politischen Lebens in ihrem Bereich durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD ihren Stempel aufzudrücken, ließen sie auch die bürgerlichen Parteien fühlen, daß ihrer Selbständigkeit im Vertreten bestimmter Positionen gewisse Grenzen gesetzt waren. CDU wie LDP hatten allen Grund zur Sorge, daß man ihr Mitwirken im „Block" durch die Praxis der kommunistischen Politik in einen Verzicht auf Gleichberechtigungsansprüche und auf Kritik umwertete und nur als Mittel zur vollen Einschwörung auf die Linie der sowjetischen Besatzungspolitik benutzte. Ihr intensives Streben nach

Aufbau gesamtdeutscher Parteiorganisationen über die Zonengrenzen hinweg und ihre Versuche zur Durchsetzung eines Führungsanspruchs von der Vier-Mächte-Stadt Berlin aus resultierten auch aus dem Druck, dem sie sich hier ausgesetzt sahen.

Das öffentliche Erscheinungsbild ihrer Parteien hatte den beiden Vorsitzenden des Zonen-Verbandes der CDU, Hermes und Schreiber, sowie dem LDP-Hauptausschußvorsitzenden Koch schon am 5. September 1945 heftige Vorhaltungen Marschall Shukows eingetragen, der durchblicken ließ, daß die SMA ihr mißliebige Organisationen auch wieder liquidieren könne. Derlei Interventionen jedoch konnten die führenden CDU-Politiker nicht daran hindern, ihren Widerstand gegen die überhastete und rücksichtslose Art der Bodenreform wie gegen die schikanöse Behinderung des Religionsunterrichts in den Schulen zu formulieren und dafür die etwas freieren publizistischen Möglichkeiten in Berlins Westsektoren zu nutzen.

Als die CDU-Zonenleitung in Berlin am 22. November dem Aufruf „Helft den Neugeborenen" des Hauptausschusses der Block-Parteien ihre Unterstützung versagt und Hermes genau eine Woche später auf einer Parteiversammlung im West-Berliner Bezirk Charlottenburg erklärt hatte, man habe nicht „gegen eine Diktatur gekämpft ..., um eine andere dafür einzutauschen", hinderte die SMA die CDU-Führer aus Berlin und aus der Zone an der Reise zum „Reichstreffen" der vielerorts unabhängig voneinander entstandenen christlich-demokratischen Gruppierungen Mitte Dezember 1945 in Bad Godesberg, für das Hermes selbst noch Wochen zuvor in Westdeutschland erste organisatorische Vorbereitungen getroffen hatte. Da die christlich-demokratischen Parteiorganisationen in den westlichen Zonen ohnehin schon stark föderalistisch geprägt waren und viele einem Berliner „Zentralismus" mit deutlichem Mißbehagen gegenüberstanden, machten es ihnen die sowjetischen Einmischungen um so leichter, der in Berlin residierenden CDU-Spitze jedweden Führungsanspruch abzusprechen und ihren Zielsetzungen die Gefolgschaft zu verweigern. Die Hoffnung auf eine von Berlin aus geführte Reichspartei blieb so eine Illusion. Das ohne seine Berliner Initiatoren stattfindende Godesberger Treffen verständigte sich vorerst nur auf Einrichtung eines Verbindungsausschusses für alle CDU-Organisationen in den vier Besatzungszonen mit Sitz in Frankfurt am Main.

Unterdes strebte die aus der Ablehnung von CDU und LDP gegen die radikale Durchführung der Bodenreform in der sowjetischen Zone herrührende Krise ihrem Höhepunkt zu. Bereits am 29. November war

der LDP-Vorsitzende Koch zurückgetreten und, nicht ohne Einflußnahme der SMA, von Wilhelm Külz abgelöst worden. Da die führenden LDP-Vertreter mit Ausnahme Kochs in der Frage der Bodenreform längst nicht so dezidiert Flagge zeigten wie CDU-Politiker, vollzog sich der Wechsel in der Parteispitze ohne interne Schwierigkeiten. Hingegen setzte die SMA die fünf Landesleitungen der CDU so unter Druck, daß diese Mißtrauenserklärungen gegen die „nazistischen, militaristischen und reaktionär-kapitalistischen" Kräfte in der Berliner Parteizentrale formulierten. Gestützt auf solche Art von Papieren zwangen die Sowjets am 19. Dezember Andreas Hermes und Walther Schreiber dann zur Aufgabe ihrer Ämter.

Mit der Wahl von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, zweier bekannter Gewerkschafter aus der Weimarer Republik, durch den Zonen-Vorstand sowie leitende Persönlichkeiten aus den Landesverbänden in der sowjetischen Zone blieb freilich in Berlin eine Führung erhalten, die der Partei auch in der Folgezeit Chancen beließ, sowjetischen Pressionen zu begegnen, wie dies schon auf dem ersten Parteitag des Berliner Landesverbandes am 16./17. März 1946 in der Ablehnung der bevorstehenden Gründung der Sozialistischen Einheitspartei, in klaren Stellungnahmen zur Schul- und Religionsunterrichtsfrage und im Mißfallen über den unverhältnismäßig starken Einfluß von Kommunisten auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens in Berlin zum Ausdruck kam.

Selbstbehauptung der SPD

Das politische Leben in Berlin Anfang 1946 stand jedoch ganz im Zeichen des Kampfes um das Überleben der SPD, die sich seit der 60er-Konferenz der vollen Wucht einer von der gesamten sowjetisch lizenzierten Presse und vom kommunistisch beherrschten Berliner Rundfunk als „zweite Phase der Einheit" entfachten Propagandalawine erwehren mußte. Gegen den ohne jegliche Rücksicht auf die Parteigliederungen in Westdeutschland so schnell wie möglich die Entscheidung über eine Vereinigung der Arbeiterparteien allein in der sowjetischen Zone herbeiführen wollenden Zentralausschuß begann in den Reihen der Berliner Sozialdemokratie die offene Rebellion, die dann wie ein Flächenbrand rasch die gesamte Mitgliedschaft erfaßte.

Der 1. März wurde dabei zum entscheidenden Datum, als Grotewohl auf einer Funktionärkonferenz im Admiralspalast noch einmal versuchte, unter Hinweis auf bereits mit der KPD getroffene Absprachen und die dadurch geschaffene „politische Wirklichkeit" die Partei end-

lich auf den Weg zur Aufgabe ihrer eigenen Existenz zu zwingen. Doch die überwältigende Mehrheit der Versammlung ließ sich nun nicht mehr, wie bei ähnlichen Gelegenheiten vorher, überrumpeln. Statt dessen billigte sie die vom Reinickendorfer Kreisvorsitzenden Franz Neumann vorgelegte Resolution mit der Forderung nach einer Urabstimmung der Mitglieder zur Frage der Verschmelzung mit der KPD. Nun erst begann faktisch die Formierung einer Opposition gegen den Zentralausschuß, geboren einerseits aus der täglich größer werdenden Angst um das weitere Schicksal der Partei und aus dem in gleichem Maße wachsenden Willen, für die nach der Beseitigung der Nazi-Herrschaft neu geschenkten demokratischen Freiheit nun auch zu kämpfen.

In den wenigen Wochen bis zur Urabstimmung am 31. März standen dem Zentralausschuß, der sie unter allen Umständen zu verhindern trachtete, was aber nur im sowjetischen Sektor gelang — wo die Militärbehörden die Abstimmungslokale eine halbe Stunde nach ihrer Öffnung schlossen, weil angeblich nicht alle technischen Voraussetzungen so erfüllt waren wie in den anderen Sektoren —, jegliche Mittel öffentlicher Propaganda zur Seite. Demgegenüber blieb die innerparteiliche Opposition auf Improvisationen angewiesen. Sie verfügte weder über eine feste organisatorische Struktur noch über eine auch nur annähernd ausreichende finanzielle Basis. Aber sie focht mit der sicheren Gewißheit, den Willen des Großteils der Mitgliedschaft zu repräsentieren. Ihre wenigen Flugblätter und ihre Artikel, die im unabhängigen *Tagesspiegel* erschienen, welcher damals der um ihre Selbständigkeit ringenden Partei bereitwillig seine Spalten öffnete und damit gleichsam ein Faktor von eigenem politischem Gewicht war, vermochten dennoch die Menschen wachzurütteln und ihnen bewußt zu machen, daß in diesem Konflikt mehr als nur die Existenz der Berliner SPD auf dem Spiele stand.

Natürlich war dieser Kampf nur möglich durch die Anwesenheit der westlichen Besatzungsmächte, doch deren „Unterstützung" beschränkte sich vornehmlich auf den Schutz der persönlichen Freiheit der in ihren Sektoren wohnenden Parteimitglieder sowie auf die Garantie der Durchsetzung der innerparteilichen Willensentscheidung. Kurz davor aber meldeten sich dann doch noch einige Spitzenrepräsentanten zu Wort; so wollte der stellvertretende US-Militärgouverneur General Clay am 23. März vor der Presse die Vereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Zone und in Berlin nur dann anerkennen, wenn die Parteimitglieder und nicht nur eine kleine Führungsgruppe sie be-

schlossen. Stadtkommandant General Barker fügte am 29. März hinzu, daß nur eine nach allgemein anerkannten demokratischen Regeln gefällte Entscheidung gültig sein könne, weshalb die Besatzungsbehörden im amerikanischen Sektor die Freiheit der Abstimmung sicherstellen würden.

Und hierbei votierte eine überzeugende Mehrheit der West-Berliner Sozialdemokraten gegen einen sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien. Den Eindruck von satten 82,5 % konnte auch die Tatsache nicht abschwächen, daß sich zugleich eine allerdings beträchtlich geringere Mehrheit für ein Bündnis mit der KPD aussprach, das einen „Bruderkampf" künftig ausschließen sollte. Darin manifestierte sich wohl das Bedauern und das Widerstreben, durch eine nach Lage der Dinge unvermeidlich erscheinende Abspaltung eines Teils der Partei Abschied nehmen zu müssen von der in den Jahren der Diktatur genährten Hoffnung auf eine einheitliche Arbeiterpartei. Die SPD, als erste der Berliner Parteien gezwungen, in der Verteidigung ihrer Selbständigkeit das Opfer einer Spaltung auf sich zu nehmen, entwickelte sich fortan „zur Zitadelle des Widerstandes gegen die sowjetische Aufsaugungspolitik" und zur stärksten politischen Kraft, deren Wirksamkeit nicht allein für die Entwicklung der Stadt, sondern zugleich für die Geschicke Europas in jenen Jahren eine kaum zu überschätzende Bedeutung zukam.

Nach dem 31. März blieb keine andere Möglichkeit, als in dem von den Westmächten geschützten Teil Berlins eine neue unabhängige sozialdemokratische Parteiorganisation aufzubauen, was durch den schnell improvisierten Parteitag am 7. April in der Zehlendorfer Zinnowaldschule geschah — von den Kommunisten in den folgenden Monaten deshalb höhnisch als „Zehlendorfer Waldklub" belächelt und verspottet. So erfolgreich die SPD in den Westsektoren sich behauptete, so wenig war sie angesichts der realen Machtverhältnisse im Ostsektor Berlins und in der sowjetischen Zone imstande, das planmäßige Vollstrecken der von ihr bekämpften Verschmelzung zu verhindern, deren Schlußpunkt der sogenannte Vereinigungsparteitag am 22. April im Admiralspalast setzte.

Die brennendste politische Frage dieser Wochen war dann, ob auch nur die formale Einheit der Besatzungsmächte aufrechterhalten bleiben würde, wenn die neuen Parteiorganisationen von SPD und SED ihrer Zulassung wegen an sie herantreten mußten. Das erbitterte Ringen zwischen den sowjetischen und den westlichen Vertretern, die kurz nacheinander jede Tätigkeit der SED in ihren Bereichen untersagt

hatten, blieb in der Kommandantur ohne Ergebnis, so daß die fällige Entscheidung schließlich der Kontrollrat treffen mußte, der nach der Einigung auf einen Kompromiß am 28. Mai die Kommandantur anwies, beide Parteien in allen vier Sektoren anzuerkennen. Wesentlich wichtiger aber war, daß die durch diese Ereigniskette bewirkte fortschreitende Ernüchterung hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion die Westmächte in ihrer Bereitschaft stärkte, dem jetzt von der Sozialdemokratie mit vollem Nachdruck formulierten Verlangen der Berliner zu entsprechen, die Selbstverwaltung der Stadt mit Hilfe von Wahlen endlich auf ein demokratisch legitimiertes Fundament zu stellen.

Erlaß der Vorläufigen Verfassung

Die Zeit bis zu den Wahlen im Herbst 1946 blieb gekennzeichnet durch einen latenten Spannungszustand zwischen den Besatzungsmächten, der gleichwohl weiterhin Kompromisse in Berlin möglich machte, so auch in der Verfassungsfrage. Der praktisch verfassungslose Zustand seit dem Mai 1945 hatte den Magistrat schon im Herbst unter Hinzuziehung der Parteien und der Bezirksbürgermeister zur Ausarbeitung eines ersten Entwurfs veranlaßt, den die Kommandantur jedoch am 19. Februar 1946 ablehnte. Sie beauftragte den Magistrat aber mit der Vorlage eines neuen Entwurfs bis zum 1. Mai, der auf den demokratischen Grundsätzen der Berlin-Gesetze von 1920 und 1931 beruhen sollte. Die Kommandantur allerdings billigte weder diesen Entwurf, noch verwarf sie ihn; immerhin aber diente er als Arbeitsgrundlage des alliierten Rechtskomitees, das einen eigenen Entwurf beriet, den die Kommandanten am 9. Juni prinzipiell sowie am 19. Juli endgültig beschlossen und den dann das Koordinierungskomitee des Kontrollrats zusammen mit einer Wahlordnung genehmigte. Bei der Übermittlung dieser Dokumente am 13. August gab die Kommandantur „nochmals ihrem Bestreben Ausdruck", die „politische Unabhängigkeit in Berlin herzustellen und der Bevölkerung in Angelegenheiten der Stadtverwaltung das Selbstbestimmungsrecht wiederzugeben".

Zugleich bezeichnete die Kommandantur die Verfassung als „vorläufig". Sie verlangte von den am 20. Oktober zu wählenden 130 Stadtverordneten zugleich, unverzüglich mit der Ausarbeitung einer Verfassung „auf breiterer Basis" zu beginnen, einen Magistrat (Oberbürgermeister, drei Bürgermeister und höchstens 16 hauptamtliche Stadträte) zu wählen und eine Reihe weiterer „klassischer" parlamentarischer

Aufgaben wahrzunehmen wie die Verabschiedung von Gesetzen und Verordnungen, der Haushaltspläne usw. Das Verhältnis zwischen Hauptverwaltung und Bezirken sollte eine noch von der Kommandantur zu genehmigende Hauptsatzung regeln, die jedoch nie zustandekam. Schon jetzt aber wurde dem Magistrat das Recht zugebilligt, Beschlüsse der Bezirke zu verhindern, wenn sie deren Befugnisse überschritten oder Gesetze verletzten oder gar das „Gemeinschaftsinteresse" des Ganzen dies erforderte. Vor allem hatte die Kommandantur Sicherungen in die Verfassung eingebaut, die mit weittragender Bedeutung für die folgenden Jahre eine Kontrolle der vier Mächte gewährleisten sollten, welche die sowjetischen Vertreter dann mit Hilfe des Vetorechts weidlich ausnutzten, um nach Möglichkeit jede grundlegende Änderung der von ihnen in den Wochen ihrer Alleinherrschaft geschaffenen Zustände zu verhindern oder zumindest zu erschweren.

Die entsprechenden Bestimmungen bildeten für die Sowjetunion die Voraussetzung, unter der sie sich nach zuweilen heftigen Debatten in Kommandantur und Kontrollrat doch noch dazu bereitgefunden hatte, dem westlichen Drängen auf freie Wahlen nachzugeben. Dabei ist bemerkenswert, daß der der SED recht nahestehende sowjetische Stadtkommandant General Kotikow sich diesem Entschluß widersetzt und so das Übertragen der Entscheidung an den Kontrollrat erzwungen hatte. Welche Motive schließlich den sowjetischen Militärgouverneur Sokolowskij bewogen, sich auf das Risiko eines freien und kontrollierten Wahlgangs in allen vier Sektoren einzulassen, läßt sich quellenmäßig noch nicht belegen. Vielleicht hat man sich trotz der warnenden Erfahrungen in Österreich und in Ungarn von der Hoffnung tragen lassen, der SED dadurch zum Sieg zu verhelfen, daß die Sowjetunion jetzt in steigendem Maße als Verfechter der gerade für Berlin so bedeutsamen Idee der Einheit Deutschlands gegen die „Spalterpolitik" der Westmächte auftrat, wobei eine Antwort auf die Frage offenbleiben muß, ob und wie weit die SED selbst diesen sowjetischen Optimismus nährte oder mit Skepsis betrachtete.

Wahlen vom 20. Oktober 1946

Aus dem durchaus facettenreichen Bild erlittener Bedrängnis und zähen Lebenswillens, welches die ersten anderthalb Berliner Nachkriegsjahre aufrollt, ragt auf dem politischen Feld die Tatsache heraus, daß aller Druck der SMA und der ihr blind folgenden deutschen Kommunisten den Willen der Bevölkerung zu freiheitlicher Entfaltung auf

demokratischer Grundlage letztlich eben doch nicht zu ersticken vermochte. So entwickelte sich seit Mitte August ein leidenschaftlicher, teils mit aller Erbitterung geführter Wahlkampf, der die ganze Tragweite der hier von den Berlinern zu treffenden Entscheidung deutlich machte. Die auf dem Boden einer rechtsstaatlichen Demokratie stehenden Parteien SPD, CDU und LDP stemmten sich mehr oder minder gemeinsam gegen den übermächtigen Einfluß der SED. Diese hingegen, unterstützt durch die von ihr beherrschten Massenorganisationen wie FDGB, FDJ und Kulturbund, propagierte ihre „Verdienste" beim Ingangsetzen des Wiederaufbaues und verwies stolz auf ihre „Erfolge" beim Schaffen einer „neuen demokratischen Ordnung" in der sowjetischen Zone. Zudem scheute sie weder davor zurück, führende Persönlichkeiten anderer Parteien zu verunglimpfen, noch durch Gerüchte vom bevorstehenden Abzug der westlichen Besatzungstruppen die Stimmung der Menschen zu beeinflussen. Verfügte die SED über fast unbegrenzte Papiermengen, so konnte sie der SPD im sowjetischen Sektor darüber hinaus durch plötzliche Versammlungs- und durch Auftrittsverbote ihrer vorgesehenen Redner arge Schwierigkeiten bereiten. Schließlich durfte die SED sogar bekanntgeben, daß ihr die SMA die Versorgung der ganzen Stadt mit Obst und Frischgemüse freigegeben hatte.

Angesichts eines solch massiven Rückhalts bleibt es gleichwohl bezeichnend, daß die SED wenige Wochen vor der Wahl die SPD doch noch einmal für eine Listenverbindung unter dem Vorzeichen einer gemeinsamen Front der „Arbeiter"parteien zu gewinnen suchte. Die SPD wies dieses Anerbieten ebenso brüsk zurück wie Ende Juli 1946 die Offerte, völlig unbedeutende Stellen im Magistrat zu übernehmen. Desgleichen hatten zu dieser Zeit CDU und LDP sich einer stärkeren Einbindung in dessen Arbeit verweigert, da ihnen nicht zugleich ihrer tatsächlichen Stärke und ihrer Verankerung in der Bevölkerung entsprechende Einflußmöglichkeiten zugesichert worden waren.

Fragen wie die der künftigen Gestaltung der Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft und einer neuen deutschen Staatsform standen im Hintergrund des Parteienstreits. Allerdings fand der 1946 immer schärfer sich herauskristallisierende weltpolitische Ost-West-Gegensatz in den letzten Wochen des Berliner Wahlkampfes doch noch seinen Niederschlag. So erhielt die Rede von US-Außenminister Byrnes am 6. September in Stuttgart über eine neue Konzeption der Besatzungspolitik und über die Einheit Deutschlands weitgehende Zustimmung, da sie Berlin in seiner früheren Rolle als Reichshauptstadt berührte und ein

weiteres Mal den amerikanischen Willen zum Widerstand gegen sowjetische Machtansprüche erkennen ließ. Denn schon im August hatte General Clay vor einer Fortsetzung der Aggressivität der sowjetischen Propaganda und Pressepolitik gewarnt, die zu einer Aushöhlung der Regeln des Vier-Mächte-Systems führen müßte. War aus dem gleichen Grund bereits im Februar der nur über das Telefonnetz zu hörende „Drahtfunk im amerikanischen Sektor" (DIAS) ins Leben gerufen worden, der Anfang September mit einem 800 Watt starken ehemaligen Militärsender ausgestattet und in den „Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS)" umgewandelt wurde, folgte am 4. Oktober die Lockerung der Kontrolle über die Presse, die zwar weiterhin Angriffe auf die Siegermächte verbot, ihr aber Nachrichten über die Weltereignisse „ohne Einschränkungen" freigab. Interviews von Außenminister Molotow und von Stalin am 16. beziehungsweise am 24. September erregten allgemein Widerspruch und Ablehnung, als sie unter anderem die von der Potsdamer Konferenz nur als provisorisch deklarierte Oder-Neiße-Linie nun als endgültige deutsche Grenze im Osten bezeichneten, die in einem Friedensvertrag lediglich noch ihre formale Bestätigung finden müsse.

Das schockierende Debakel vom 20. Oktober 1946 läßt vermuten, daß die SED sich der fortschreitenden Aussichtslosigkeit all ihrer Mühen bewußt geworden war. Denn mehr noch als die Selbstbehauptung der SPD am 31. März bewies das Ergebnis der bislang einzigen freien Wahlen in der ganzen Stadt nach Kriegsende, daß die auf den Erfahrungen seither beruhende Option ihrer Bevölkerung gegen den Osten im Verlauf des Jahres 1946 eine gravierende Vertiefung erfahren hatte. Nur 19,8 % der Stimmen in allen Sektoren, und selbst im sowjetischen lediglich 29,9 %, erhielt die SED. Die ganze Verfälschung der bisherigen politischen Situation durch den hinter dieser Partei stehenden Druck der SMA war nun erbarmungslos klargestellt. Denn selbst der CDU gelang mit 22,1 % ein Übertrumpfen der SED, mit den 9,4 % der LPD besaßen beide bürgerlichen Parteien ihr gegenüber ein durchaus beachtliches Plus von mehr als 10 %. Das Ereignis schlechthin jedoch bedeutete das Abschneiden der SPD, die mit nicht weniger als 48,7 % der Stimmen — in den Westsektoren besaß sie mit 51,7 % sogar die absolute Mehrheit — ihren Rivalen geradezu deklassieren konnte. Mit der erstmals zu verzeichnenden Wahlbeteiligung von 92,3 % demonstrierten die Berliner überzeugend, wie hoch sie die Chance einer freien Selbstbestimmung in Gegenwart und Zukunft einzuschätzen wußten.

Die Berliner Wahlen bedeuteten wahrlich kein nur lokales Ereignis. Mag dabei, wie ein amerikanischer Historiker meinte, auch ein gut Teil „Lokalchauvinismus" mitgespielt haben, dem noch für keine der Siegermächte eine bestimmte Sympathie zugrunde lag, wenn der Bevölkerung auch nichts anderes übriggeblieben sei, als das Bündnis mit dem Westen vorzubereiten, so hatten die Wahlen in den Augen des SPD-Vorsitzenden Schumacher der Welt ein neues Angesicht Deutschlands erkennen lassen, weil selbst einfache Menschen mit ihrer Ablehnung jeglicher Diktatur zu zeigen vermochten, daß Dinge existierten, auf die man im Geistigen, im Moralischen und eben auch im Politischen einfach nicht verzichten könne. Hielt der Vorsitzende der Zonen-CDU, Jakob Kaiser, das Resultat für einen Sieg des gesunden Menschenverstandes, auf jeden Fall für einen Ausdruck des Willens der Berliner zu Freiheit und Demokratie, so meinte die erst zwei Tage später ihre Sprache nur mühsam wiederfindende SED, daß dieses nur auf Grund der von der „reaktionären Presse" wochenlang gegen sie betriebenen „unsachlichen Kampfesweise" zustandegekommen sei. Noch aber konnte das Votum vom 20. Oktober 1946 keine Klärung der Lage in Berlin herbeiführen. Denn trotz der beginnenden Fühlungnahme zwischen dem Freiheitswunsch der Bevölkerung und dem demokratischen Verantwortungsbewußtsein der Westmächte steckte der Prozeß ihrer Entfremdung von der Sowjetunion noch viel zu sehr in den Anfängen, als daß diese aus der Entscheidung der Berliner schon Folgerungen hätten ziehen können.

II

Kommunale Selbstverwaltung im Spannungsfeld der Weltpolitik 1947—1948

Das Geschehen in Berlin während des Jahres 1946 hatte die Bereiche künftiger Konflikte erkennbar abgesteckt, wenn hier auch noch keineswegs die Würfel über die Unvermeidlichkeit wirklich gefährlich-kritischer Auseinandersetzungen gefallen zu sein schienen. Das Gefühl jedoch, überall an den Nahtstellen der Weltpolitik — von Korea, China, Hinterindien über den Iran, die Türkei und Griechenland bis hin zum immer schroffer in seine Teile zerrissenen Deutschland — in die Defensive gedrängt zu werden, zwang die Vereinigten Staaten als westliche Führungsmacht, um die Jahreswende 1946/1947 allmählich jene feste Position zu beziehen, deren Umrisse im folgenden Sommer

George F. Kennan in seinem berühmten Artikel *The Sources of Soviet Conduct* in der Zeitschrift *Foreign Affairs* als Politik der Eindämmung gleichsam klassisch begründete. George C. Marshall, der Anfang Januar 1947 Byrnes im State Department ablöste, übernahm sein Amt in der Überzeugung, daß sein Land mit der Alternative konfrontiert war, kraftvoll zu handeln oder die Partie durch Versagen zu verlieren. Präsident Truman und er ließen sich zugleich von der Hoffnung tragen, daß auch die Gegenseite nicht unbedingt einen Zusammenstoß wünsche und letztlich ein Zustand des „Leben und Lebenlassen" erreichbar sein würde. Solche Erwartung erfüllte sich vor der Kraftprobe der Berliner Blockade allerdings nur sehr beschränkt, und das Jahr 1947 wurde zum Vorspiel des mit ihr dann ganz unverhüllt einsetzenden Kalten Krieges.

Schwierigkeiten der Magistratsbildung

Die Stellungnahmen, Erklärungen und Polemiken der Parteien nach der Wahl bis zur ersten Sitzung einer frei gewählten Stadtverordnetenversammlung nach 14jähriger Unterbrechung am 26. November ließen bereits ahnen, daß es ihrer künftigen Arbeit bestimmt nicht an Spannung fehlen würde. Die Forderung der Vorläufigen Verfassung nach Mitarbeit aller Parteien im Magistrat, sofern sie diese wünschen, zwang von vornherein zum Verzicht auf die politische Umsetzung des eigentlichen Sinnes der Entscheidung vom 20. Oktober 1946, nämlich der SED den Part der Opposition zuzuweisen. Da die Besetzung der Ressorts nach der Stärke der Parteien kaum strittig war, kam mit sieben Stadträten der SPD, drei der CDU, je zwei der SED und der LDP sowie mit Otto Ostrowski (SPD) als Oberbürgermeister und den drei Bürgermeistern Ferdinand Friedensburg (CDU), Heinrich Acker (SED) und Louise Schroeder (SPD) ein ziemlich korrekter Kompromiß in der Spannung von Wahlergebnis und Verfassungstext zustande. Auseinandersetzungen entzündeten sich allerdings an den jeweils beanspruchten Ämtern oder an den dafür benannten Kandidaten.

Schon einen Tag nach seiner Wahl im Stadtparlament am 5. Dezember begannen für den neuen Magistrat die Schwierigkeiten. Denn der noch amtierende Magistrat verweigerte unter Berufung auf die Art. 34 und 36 der Vorläufigen Verfassung die Übergabe der Amtsgeschäfte ohne entsprechende Genehmigung der Kommandantur. Die Stadtverordnetenversammlung stellte jedoch gegen heftigen Widerspruch der SED am 9. Dezember fest, daß der gewählte und vereidigte Magistrat

sich seit seiner Wahl „im Amt befindet", die Befugnisse seines Vorgängers somit erloschen seien und dieser sofort die Amtsgeschäfte zu übergeben habe. Am 10. Dezember genehmigte die Kommandantur den Rücktritt des alten Magistrats.

Ihre gleichzeitig geäußerten Vorbehalte beziehungsweise die Ablehnung von gewählten Stadträten zeigten aber auch, daß, entgegen der Ankündigung der Stadtkommandanten vom 13. August 1946, mit einer baldigen Übertragung voller Selbstverwaltung auf die gewählten Körperschaften noch nicht zu rechnen war. Denn die Kommandantur beeinflußte weiterhin in starkem Maße die personelle Zusammensetzung des Magistrats. Ihr Befehl vom 9. Dezember offenbarte zudem, in welchem Maße die SED es verstand, ihren Willen, den sie bei der Wahl im Stadtparlament in einzelnen Fällen nicht durchsetzen konnte, auf dem Umweg über den sowjetischen Vertreter in der Kommandantur zu behaupten. Vor allem der Vorbehalt gegen den gerade aus dem Exil in der Türkei heimgekehrten Ernst Reuter als Stadtrat für Verkehr und Versorgungsbetriebe — etwa das Amt, das er von 1926 bis 1931 schon einmal innehatte —, bildete ein erstes Warnzeichen, daß man am Vorabend erbitterter Auseinandersetzungen stand. Denn nur allzu bald wurde deutlich, daß die Kommunisten alles nur Erdenkliche aufboten, um nach dem Schock der Wahlniederlage ihre seit Mai 1945 gewonnenen Positionen nach Möglichkeit zu behalten und so eine durchgreifende Erneuerung der städtischen Verwaltung an Haupt und Gliedern zu hintertreiben.

Oberbürgermeister-Krise

Nach seiner Amtsübernahme mußte der nunmehr gewählte Magistrat nicht nur zahllose praktische Aufgaben zur Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse im extrem harten Winter 1946/1947 lösen, sondern war mit einigen Problemen konfrontiert, die sich aus unklaren Bestimmungen der Vorläufigen Verfassung ergaben. Die SED, die im von den sowjetischen Militärbehörden allein etablierten Magistrat dominiert hatte, hinterließ dem neuen Magistrat neben einer stark mit ihren Anhängern durchsetzten Verwaltung auch einige stellvertretende Stadträte. Obgleich diese in der Verfassung gar nicht vorgesehen waren, blieben sie nach dem Magistratswechsel stillschweigend auf ihren Amtssesseln, weil man nicht sofort ihre Entfernung anordnete. Ein Versäumnis, das teuer bezahlt werden mußte. Als der Magistrat endlich auf Eliminierung dieser Personengruppe drang, weil es ihr

entweder an ausreichender sachlicher Qualifikation mangelte oder sie es an vertrauensvollem Zusammenwirken mit den gewählten Stadträten fehlen ließ oder gar Obstruktion übte, leistete die SED erbitterten Widerstand. Sie verteidigte ihre mit Entlassung, Versetzung oder Herabgruppierung bedrohten Mitglieder als „aufrechte Antifaschisten", die sich in schwerster Zeit um Berlins Wiederaufbau verdient gemacht hätten und jetzt nur aus parteiegoistischen Gründen ihre Posten verlieren sollten.

Nach einem Kommandantur-Befehl vom 27. März 1946 wäre der Magistrat eigentlich berechtigt gewesen, Angestellte aus eigenem Ermessen und nach sachlichen Notwendigkeiten zu berufen, zu versetzen oder zu entlassen. Da dazu nun aber Art. 36 im Widerspruch stand, bat der Magistrat die Alliierten um eine Klärung, was wiederum Verärgerung bei dem darüber nicht informierten Stadtparlament verursachte, das sich nach Art. 5(2) in Fragen der Auslegung der Verfassung für allein zuständig hielt.

Neben der offiziellen Anfrage zur Interpretation des umstrittenen Art. 36 im Hinblick auf die Ausschaltung der noch amtierenden stellvertretenden Stadträte versuchte Oberbürgermeister Ostrowski in vertraulichen Gesprächen mit der sowjetischen Besatzungsmacht, eine Regelung für dieses die ganze Arbeit der Stadtverwaltung belastende Problem zu finden. Stadtkommandant General Kotikow hielt sich jedoch für unzuständig und riet ihm zur Kontaktaufnahme mit der SED. Ohne ausreichende Information seiner Partei- und Fraktionsführung suchte daraufhin der Oberbürgermeister in Gegenwart des späteren Berliner Polizeipräsidenten Stumm Ende Februar nach Wegen zu einer loyalen Zusammenarbeit in kommunal- wie personalpolitischen Fragen. Gegen den Abschluß eines „Burgfriedens" und eines zunächst auf drei Monate befristeten gemeinsamen Arbeitsprogramms erklärte sich die SED in der Tat bereit, einen Teil ihrer Funktionäre aus der Verwaltung zurückzuziehen. Als jedoch diese in einem Protokollvermerk festgehaltene Vereinbarung allmählich ruchbar wurde, erkannten führende Sozialdemokraten sofort, wie hier in unzulässiger Weise Druck auf sie ausgeübt und die Bewegungsfreiheit ihrer Politik eine nicht akzeptable Einengung erfahren sollte. Denn diese Absprache bedeutete im Grunde nichts anderes als den Versuch der Kommunisten, die Sozialdemokraten als Gegner auszuschalten und so faktisch die Wahlniederlage vom Oktober wieder wettzumachen. Unmißverständlich erfolgte deshalb einige Tage später eine Klarstellung der SPD, daß die Zuständigkeit für verbindliche politische Verhandlungen allein in den Händen ihres Landesvorstandes liege.

Ostrowski war aber von der Richtigkeit seines Vorgehens so überzeugt, daß er den ihm von vielen seiner Parteifreunde nahegelegten Rücktritt ablehnte. Der SPD blieb so nur der Ausweg, den Konflikt mit dem Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung selbst auszutragen, die ihm am 11. April das Mißtrauen aussprach; für ihn votierte lediglich die SED. Ostrowskis Weigerung, daraus sofort die Konsequenzen zu ziehen, veranlaßten SPD-Fraktion wie Magistrat nunmehr zur Forderung nach dessen förmlichem Rücktritt, die auch die Öffentlichkeit immer stärker aufnahm, so daß er noch vor einer Abstimmung die Kommandantur schließlich um seine Entlassung bat. Hielten die westlichen Stadtkommandanten es für selbstverständlich, den mit eindeutiger Mehrheit gefaßten Beschluß eines Parlaments zu respektieren, meinte General Kotikow, daß der „Fall" einer sorgfältigen Prüfung bedürfe und der Oberbürgermeister die Pflicht habe, den Alliierten eine wirkliche Begründung für seinen Schritt zu liefern. Nachdem die Kommandantur trotz mehrfacher Beratungen keine Einigung erzielte, verwies sie diese Frage an den Kontrollrat, der dann am 31. Mai dem Rücktritt Ostrowskis endgültig zustimmte. Erst am 11. Juni konnte die Kommandantur in einem Befehl diese Entscheidung mitteilen und zugleich das Stadtparlament zur Wahl eines neuen Oberbürgermeisters auffordern, der von ihr jedoch bestätigt werden müsse.

So sicher es war, daß Berlins Sozialdemokraten Ernst Reuter, der in den wenigen Monaten seit seiner Heimkehr in ihren Reihen, im Magistrat und in der Öffentlichkeit sich überraschend schnell wieder einen großen Vertrauenskredit hatte erwerben können, als Kandidaten für die Nachfolge Ostrowskis nominierten, so wenig zweifelhaft konnte bleiben, daß die sowjetischen Vertreter in der Kommandantur sich der Bestätigung seiner Wahl versagen würden. Sie wußten wohl recht genau, daß ihnen hier ein Mann gegenübertrat, der — selbst einmal radikaler Kommunist, für einige Monate sogar einmal KPD-Generalsekretär, durch Erfahrungen aber längst zu einem ihrer entschiedensten Gegner geworden — kraft seiner Persönlichkeit ganz erhebliche Schwierigkeiten bereiten könnte. Als sich die SPD trotz des propagandistischen Trommelfeuers der im Ostsektor erscheinenden Presse nicht von der Nominierung Reuters abbringen ließ, versuchten sowjetische Offiziere eine Einschüchterung der bürgerlichen Parteien, um sie von ihrer angekündigten Zustimmung zur Wahl Reuters abzuhalten. Nachdem auch dies mißlungen war, schien die sowjetische Seite sogar bereit gewesen zu sein, Reuter als Oberbürgermeister unter bestimmten Auflagen doch noch zu akzeptieren. Denn bis zur buchstäblich

letzten Minute vor der Entscheidung im Stadtparlament gestattete sie der SED die Suche nach einem Arrangement für eine feste Zusammenarbeit mit der SPD. Doch die Sozialdemokraten waren nicht bereit, politisch zu kapitulieren.

Nach seiner mit großer Mehrheit erfolgten Wahl am 24. Juni sprach Ernst Reuter mit betonter Zurückhaltung, um für das angekündigte Veto nicht zusätzlich noch ein billiges Argument zu liefern. Doch weder in der Kommandantur noch im Koordinierungsausschuß des Kontrollrats und dann im Kontrollrat selbst ließ sich eine Auflockerung der starren sowjetischen Position erreichen. Nach wochenlangem Tauziehen in den verschiedenen alliierten Organen gelang der Kommandantur nicht einmal mehr eine Verständigung über die Bekanntgabe der Nichtbestätigung, da die sowjetischen Vertreter keinesfalls erwähnt wissen wollten, daß Reuter infolge ihres Einspruchs an der Ausübung seines Amtes gehindert blieb. Erst am 12. August konnte sich die Kommandantur zu der lakonischen Mitteilung aufraffen, daß sie es nicht für möglich befunden habe, Reuter zu bestätigen.

Die sowjetischen Militärbehörden hatten damit zwar ein Nahziel erreicht, konnten dennoch aber nicht verhindern, daß Reuter auch als nur „gewählter, aber nicht bestätigter" Oberbürgermeister zu einer der entscheidenden Figuren der Auseinandersetzungen während der folgenden Jahre in Berlin werden sollte. Die Berliner erlebten ihn zunächst vor allem als den Mann, der Louise Schroeder (SPD) unterstützte, die mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Oberbürgermeisters beauftragt worden war und nun für Berlin zu sprechen hatte.

Alliierte Eingriffe in die Selbstverwaltung

Neben der Nichtbestätigung der Wahl Ernst Reuters als Oberbürgermeister und der ebenfalls im Sommer 1947 durch die Kommandantur erfolgten Amtsenthebung von Volksbildungsstadtrat Nestriepke (SPD), der bei der Neuorganisation seines Dezernats nach allen Seiten hin, insbesondere zur kommunistischen, eine unerwünschte Selbständigkeit an den Tag gelegt hatte, waren es weitere Vorkommnisse — wie unter anderem die Eigenmächtigkeiten des im sowjetischen Sektor residierenden Polizeipräsidenten Markgraf (SED) oder das Vorgehen der französischen Behörden bei der Demontage der Borsig-Werke in Tegel —, die in den Berliner Selbstverwaltungskörperschaften das Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Besatzungsmächten verstärkten. Verbittert meinte die SPD, daß sie eine solche „Scheindemokratie"

nicht länger mehr unterstützen und sich auf die Bewältigung von Notaufgaben beschränken wolle. Nicht weniger sorgenvoll äußerten sich CDU und LDP über die steigende Zahl alliierter Eingriffe in die verfassungsmäßigen Rechte der Berliner Organe. Nach Überzeugung aller Parteien, außer der SED, mußte die Bevölkerung an der Idee der Demokratie zweifeln, würde ihr jedes Vertrauen in das wirklich selbständige Handeln der von ihr gewählten Vertreter genommen.

Die CDU suchte die immer mehr um sich greifende Resignation mit dem Vorschlag zu überwinden, durch eine gemeinsame Delegation aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten bei der Kommandantur eine Klärung der strittigen Verfassungsfragen herbeiführen zu lassen. Nach der Konstituierung eines Sonderausschusses unter Vorsitz von Stadtverordnetenvorsteher Suhr am 29. Juli 1947 erzielten alle Beteiligten weitgehende Einigkeit über einen Entwurf der vor den Kommandanten abzugebenden Erklärung. Als die SED dann aber plötzlich gravierende Änderungen verlangte, sah sich Otto Suhr gezwungen, sowohl die von der Ausschußmehrheit unterzeichnete als auch die eigene Erklärung der SED der Kommandantur einzureichen.

Auf ihrer 73. Sitzung verhinderte der sowjetische Vertreter mit seinem Veto den im Prinzip genehmigten Empfang des Sonderausschusses, der daraufhin ohne Angabe von Gründen abgesagt werden mußte. Als einen Tag später aber General Kotikow in einem Interview diese Ablehnung begründete, veröffentlichten auch seine westlichen Kollegen ihre für den Empfang des Sonderausschusses vorbereiteten Erklärungen zur Verfassungssituation. Der Stadtverordnetenvorsteher mußte daher am 19. September dem Parlament die Vergeblichkeit allen Bemühens um eine Beilegung der verfassungsrechtlichen Differenzen eingestehen, wobei er nach Wertung der einzelnen Stellungnahmen es zugleich als eine vielleicht überhaupt unlösbare Aufgabe bezeichnete, eine demokratische Selbstverwaltung unter der Befehlsgewalt einer Alliierten Kommandantur zu gewährleisten.

Die Tatsache, daß die östliche Seite im Konfliktfalle ihren festen Willen stets durchsetzen konnte, galt also weiterhin. Noch im Dezember sollte diese betrübliche Erfahrung sich wiederum bestätigen, als nach einer gezielten kommunistischen Propaganda die sowjetischen Militärbehörden die Bürgermeisterin des Bezirks Prenzlauer Berg, Ella Kay, wegen angeblicher Sabotage der Holzbeschaffungsmaßnahmen und provokatorischen Verhaltens absetzten, was leidenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen SPD und SED auslöste. Die Sozialdemokratie mußte durch das systematische Vorgehen der SED im

sowjetischen Sektor klar erkennen, daß diese die Einhaltung demokratischer Spielregeln nun offenbar für obsolet hielt und nichts unversucht lassen würde, ihr im Vollzug der Wahlentscheidung vom Oktober 1946 verlorengegangenes Terrain gewaltsam zurückzuerobern. Der zu Beginn des Jahres 1947 gemeinhin nicht als aussichtslos geltende Versuch, alle vier Parteien auf dem Boden der Vorläufigen Verfassung zu einer loyalen Zusammenarbeit zu bewegen, war am Ende für die demokratischen Kräfte in einen Kampf um ihre nackte Existenz eingemündet, der gut ein halbes Jahr später zur Blockade und schließlich noch zur Teilung der Stadtverwaltung führen sollte.

FDGB und UGO

Der Aufbau der Gewerkschaftsbewegung in Berlin und in der sowjetischen Zone gelang in nicht weniger schnellem Tempo als jener der KPD, was allein schon den bestimmenden Einfluß der hinter dieser Entwicklung stehenden Kräfte sichtbar macht. Bereits fünf Tage nach Marschall Shukows Befehl Nr. 2 zur Wiederzulassung von Parteien und Gewerkschaften hatte ein „Vorbereitender Gewerkschaftsausschuß" zur Gründung einer Einheitsgewerkschaft aufgerufen. Mit Hermann Schlimme, Bernhard Göring und Otto Brass für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, mit Roman Chwalek, Hans Jendretzky und Paul Walter für die kommunistische Absplitterung „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition", mit Jakob Kaiser für die Christlichen und Ernst Lemmer für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften hatten ehemals führende Funktionäre der früheren Richtungs-Gewerkschaften diesen Appell unterzeichnet. Kein Zweifel, daß ihn die politisch bewußte Arbeiterschaft nach zwölf Jahren NS-Herrschaft mit Genugtuung und Hoffnung begrüßte, schien sie damit doch dem Traum von der Überwindung ihrer unseligen und so folgenschweren Spaltung endlich der Verwirklichung näherzukommen. Zum Jahreswechsel 1945/1946 zählte der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) in Berlin bereits eine halbe Million Mitglieder; ein Zeichen für den wiedererwachten Willen zum solidarischen Zusammenschluß und zum Wiederaufbau einer demokratischen Ordnung.

Im Gegensatz zum spontanen Wachstum an der Basis vollzog sich in der Spitze jedoch eine eiskalt berechnete Steuerung von seiten der Kommunisten, die in den Gewerkschaften kaum eine Vertretung der Arbeitnehmerschaft zur Durchsetzung besserer Arbeits- und Sozialbedingungen, sondern in erster Linie ein weiteres, ihnen jederzeit ein-

setzbares Machtinstrument zur Erreichung politischer Ziele sahen. Die kurze Zeit sowjetischer Alleinherrschaft in Berlin hatte bereits genügt, in der sich bildenden Organisation des FDGB ein ganzes Netz kommunistischer Spitzenfunktionäre einzubauen. So diente der FDGB nach den ersten, wegen einiger Ungereimtheiten schon heftig umstrittenen Gewerkschaftswahlen im Januar 1946 der KPD als wirksame Staffage bei der Kampagne für die Verschmelzung beider Arbeiterparteien. Als schließlich noch einige der SPD angehörenden führenden Gewerkschaftsfunktionäre den trügerischen Einheitsparolen folgen zu müssen glaubten, stand der FDGB seit April 1946 fest unter kommunistischem Kommando.

In der Folgezeit spürten viele verantwortungsbewußte Gewerkschafter den inneren Konflikt zwischen der Einheitssehnsucht und der täglich schwerer zu verdrängenden Erkenntnis, daß die Kommunisten sie immer offenkundiger und skrupelloser mißbrauchten. Wurden die ersten kommunistischen Übergriffe von den demokratischen Gewerkschaftern noch toleriert und darüber aus „Einheitsdisziplin" geschwiegen, so sehr drängte die Entwicklung dann zu einer Entscheidung, nachdem die kommunistisch gelenkte FDGB-Bürokratie rücksichtsloser zu schalten und walten begann, Funktionäre ein- und absetzte und jede Rechenschaftslegung ablehnte.

Zwar saßen Männer wie Otto Suhr (SPD) und Ernst Lemmer (CDU) im Vorstand des FDGB, doch ohne jemals die beherrschende Position der Kommunisten bei Wahlen verhindern zu können, die durch ein raffiniert undemokratisches System indirekter Wahlen und die sowjetische Unterstützung in der Alliierten Kommandantur abgedeckt waren. Da bei den „Wahlen" im Februar und März 1947 von 45 Vorstandssitzen die Kommunisten 34 einnahmen und von den 16 leitenden Funktionären gar 13 prominente SED-Mitglieder waren, sahen sich die demokratischen Kräfte gezwungen, eine zunächst in der Organisation verbleibende Opposition aufzubauen, in mühseliger Kleinarbeit das latent vorhandene Unbehagen vieler Gewerkschafter zu bündeln und den Kommunisten Paroli zu bieten. Versuche zur Änderung des Wahlsystems und der Satzung des FDGB scheiterten allerdings stets am sowjetischen Veto, so daß die Unabhängige Gewerkschafts-Opposition (UGO) es auf sich nahm, auch unter diesen Bedingungen an den Wahlen zur Stadtdelegiertenkonferenz 1948 teilzunehmen.

Da es der UGO trotz aller Anstrengungen mißlungen war, direkte Wahlen und die Parteikennzeichnung der Kandidaten durchzusetzen, um die verschleierte Front der SED-Mitglieder zu entlarven, bedeutete